Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtsblatt

Tageblatt für Lichtenstein, Hüttg, Tirschheim, Rüsdorf, St. Egidien, Gablenz, Wüstenbrand, Neudörfel, Grüna, Müllen St. Niclas, St. Jacob, St. Michael, Siegmarsdorf, Uhlsdorf, Rödlitz, Röhrsdorf und Dittersbach

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

69. Jahrgang.

Nr. 169 — Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage. — Freitag, den 25. Juli — Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk. — 1919.

Kirschen. O. L. M. K. Abschn. 2, 1/4 Pfd. auf den Kopf. Nr. 207—393 bei Rost, Nr. 394—841 bei Reinhold. Preis für 1 Pfd. bei Rost (Ammern) 92 Pfg. bei Reinhold (Süßkirchen) 75 Pfg.

Freitag und Sonnabend Kartoffelverkauf. O.-L.-M.-K. Abschnitt 3. Auf den Kopf 3 Pfund. Nachstehende Nummernfolge ist strengstens einzuhalten, Freitag vorm. von 8—9 Uhr Nr. 1—250, von 9—10 Uhr Nr. 251—500, von 10—11 Uhr Nr. 501—750, von 11—12 Uhr Nr. 751—1000, von 12—1 Uhr Nr. 1001—1200. Sonnabend vorm. von 8—9 Uhr Nr. 1201—1400, von 9—10 Uhr Nr. 1401—1600, von 10—11 Uhr Nr. 1601—1800, von 11—12 Nr. 1801—2000, von 12—1 Uhr Nr. 2001—Ende. Bezahlung im Lebensmittelamt. Kartoffelselbstversorger sind ausgeschlossen.

Städtisches Lebensmittelamt.

Graupenverkauf: Freitag, den 25. Juli, 1/2 Pfund für 22 Pfg. Lebensmittelmarke A — Marke A 3 — bei den Händlern.

Himbeermarmelade: Freitag, den 25. Juli, 1/2 Pfd. für 93 Pfg. Lebensmittelkarte B — Marke 38 — bei den Händlern.

Der Ortsernährungsausschuß für Callnberg.

Bezirksverband.
K.-L.-Nr.: 772 Getr. a.

Saatgutverkehr.

Verkehr mit Brotgetreide und Gerste aus der Ernte 1919 zu Saatzwecken.

(Verordnung vom 20. Juni 1919 — RGBl. S. 566 flg. — Sächs. Ausf. Verordnung vom 26. Juni 1919 — Staatszeitung Nr. 146 vom 1. Juli 1919.

§ 1. **Erwerb von Saatgut.**

Zum Erwerb von Saatgut ist eine Saatkarte nötig. Es werden ausgestellt

a) Verbraucher-Saatkarten,
b) Händler-Saatkarten.

Anträge sind (auch seitens der Gutsbezirke) bei den Gemeindebehörden einzureichen; Vordrucke dazu (Anlage III und IV) sind dort zu erhalten. Nach Prüfung und Bescheinigung erfolgt Weitergabe an den Bezirksverband.

Wollen mehrere Landwirte derselben Gemeinde Saatgut derselben Fruchtart und derselben Sorte beziehen, so können sie die Ausstellung einer Sammelsaatkarte beantragen.

§ 2. **Veräußerung von Saatgut.**

Ebenso ist Veräußerung und Lieferung von Saatgut nur zulässig:
a) gegen Abgabe von Saatkarten durch den Erwerber und
b) mit Genehmigung des Bezirksverbandes.

Die besondere Genehmigung zur Veräußerung ist nicht erforderlich:
a) für die Veräußerung anerkannten Saatgutes durch Originalsaatgutwirtschaften und anerkannte Saatgutwirtschaften,
b) für die Veräußerung anerkannten Saatgutes durch zugelassene Händler,
c) für Landwirte, denen die Zustimmung für einen bestimmten Bezirk allgemein erteilt worden ist; Anträge sind an den Bezirksverband zu richten.

§ 3. **Saatguthändler.**

Händler bedürfen neben der Saatkarte einer besonderen Zulassung. Anträge sind an den Bezirksverband zu richten. (Vordrucke Anlage I.) Alle vor dem 20. Juni 1919 ausgestellten Zulassungen sind ungiltig.

§ 4. **Verfahren mit Saatkarten.**

Der Erwerber von Saatgut hat die vollständige Saatkarte dem Veräußerer bei Abschluß des Vertrages auszuhändigen. Wird das Saatgut mit der Eisenbahn versandt, so hat sich der Veräußerer von der Versandstation auf jedem Abschnitt der Saatkarte die Absendung unter Angabe der Art des Saatgutes, der versandten Mengen und des Ortes bescheinigen zu lassen, nachdem das Saatgut verfrachtet ist. Erfolgt die Versendung nicht mit der Eisenbahn, so hat sich der Veräußerer auf jedem Abschnitt der Saatkarte den Empfang durch den Erwerber bestätigen zu lassen.

Der Veräußerer hat bei Lieferung des Saatgutes den Abschnitt A abzutrennen und innerhalb einer Woche der Reichsgetreidestelle, Geschäftsabteilung — Abteilung Saatgutverkehr — in Berlin W 50, Kurfürstendamm 237, mittels eingeschriebenen Briefes auf seine Kosten zu übersenden. Die Abschnitte B und C hat der Veräußerer mit der von der Eisenbahnverwaltung ausgestellten Bescheinigung über die Absendung oder mit der Empfangsbestätigung des Erwerbers binnen einer Woche nach Absendung des Saatgutes dem Bezirksverband — Getreidestelle — einzusenden.

§ 5. **Lieferungszeiten.**

Die Lieferung von Wintergetreide zu Saatzwecken darf nur in der Zeit vom 15. Juli bis zum 15. Dezember 1919, von Sommergetreide zu Saatzwecken nur in der Zeit vom 1. Januar bis zum 1. Juni 1920 erfolgen.

Saatgut, das nach Ablauf dieser Fristen sich noch im Besitze von Saatgutwirtschaften, zugelassenen Händlern und Verbrauchern befindet, ist zum gesetzlichen Höchstpreis an einen Kommissionär des Bezirksverbandes abzuliefern.

§ 6. **Saatgutverbrauch.**

Nach § 3 der Reichsgetreideordnung vom 18. Juni 1919 darf als Saatgut verwendet werden auf das Hektar Anbaufläche:

an Winterroggen	bis zu	155 kg,
„ Sommerroggen	„ „	160 „
„ Winterweizen	„ „	190 „
„ Sommerweizen	„ „	185 „
„ ungegerbtem Spelz	„ „	300 „
„ Spelzkernen	„ „	210 „
„ Gerste	„ „	160 „

„ Mischfrucht dieselben Sätze nach dem Mischungsverhältnisse der Früchte,

§ 7.

Zum Handel mit Saatgut zugelassene Landwirte und Händler sind verpflichtet, über alle Saatgutgeschäfte nach näherer Anordnung des Bezirksverbandes Buch zu führen.

§ 8.

Zuwiderhandlungen werden nach § 80 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 bestraft.

Glauchau, am 23. Juli 1919.

Amtshauptmann **Freiherr von Welck.**

Höchstpreise für Frühgemüse.

Die Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 10. Juli 1919 über Höchstpreise für Frühgemüse (Nr. 156 der Sächs. Staatszeitung vom 12. Juli) wird in Absatz I dahin abgeändert, daß für nachstehend Gemüsearten folgende Höchstpreise gelten:

	Erzeugerhöchstpreis:	Großhandelshöchstpreis:	Kleinhandelshöchstpreis:
3. rote Möhren und Karotten aller Art einschl. der kleinen runden Karotten			
a) mit Kraut	10	14 (15)	19 (20) Pf. je Pfd.
b) ohne Kraut	17	23 (25)	31 (33) „ „ „
4. Frühkohlrabi mit jungem Laub	12	18 (19)	25 (26) „ „ „
5. Frühweißkohl	14	20 (21)	28 (29) „ „ „
6. Frühwirsingkohl	16	23 (24)	31 (32) „ „ „

Die Preise treten **mit sofortiger Wirkung** in Kraft, doch dürfen die **gegenwärtig** geltenden Kleinhandelshöchstpreise für die vorgenannten Gemüse noch bis spätestens zum 26. d. Mts. gefordert werden, sofern es sich um solche Waren handelt, die noch aus Lieferungen unter der Herrschaft der bis jetzt in Geltung befindlichen Erzeuger- und Großhandelshöchstpreise stammen. Die Kommunalverbände haben darüber zu wachen, daß diese höheren Preise nicht auch für solche Waren gefordert werden, die zu den neuen Erzeuger- u. Großhandelshöchstpreisen an den Kleinhandel geliefert sind.

Dresden, am 23. Juli 1919. 2171 V G 2.

Wirtschaftsministerium,
Landeslebensmittelamt

Kurze wichtige Nachrichten.

* Die Zeugenvernehmung im Prozeß gegen Neurings Mörder wurde auch gestern von vormittags 9 Uhr an fortgesetzt. Sie zieht sich bedenklich in die Länge, so daß man damit rechnet, daß der Prozeß in dieser Woche noch nicht zum Abschluß gelangt.

* In Amerika und England gewinnen die großen Streiks an Ausdehnung.

* Gegen Ungarn ist kein Vormarsch der Ententetruppen geplant.

* Clemenceau erhielt in der französischen Kammer ein Vertrauensvotum.

* Die preußischen Minister, an der Spitze der Ministerpräsident, fuhren am Dienstag mit Vertretern aller Ressorts nach Düsseldorf, um in der Angelegenheit der rheinischen Republik Besprechungen an Ort und Stelle abzuhalten.

* Der klerikale „Tiroler Anzeiger" erfährt, daß nach dem Verlust von Südtirol für Nordtirol zur Erhaltung seiner Lebensfähigkeit nur noch der Anschluß an Deutschland in Frage kommt.

* Nach einer Drahtmeldung aus Chicago geriet das neuerbaute große lenkbare Luftschiff auf seinem Probeflug in Brand und fiel aus 500 Fuß Höhe auf ein Bankgebäude. Die Benzinbehälter des Luftschiffs explodierten beim Aufschlag; von den Angestellten der Bank wurden 10 getötet und 25 verwundet.

* Wie das Berliner Tageblatt hört, wird Reichsfinanzminister Erzberger in der Debatte über das Regierungsprogramm sehr wichtige Mitteilungen aus der Kriegszeit vorbringen, um die neuerlichen Vorstöße der Deutschnationalen zu parieren.

* Aus dem Bericht des Deputierten Renard in der gestrigen Sitzung des Friedensausschusses der französischen Kammer ging hervor, daß Deutschland anscheinend nach dem 1. Oktober dieses Jhs. zum Völkerbund zugelassen werden soll.

* In London will man wissen, daß die Namen des früheren Kronprinzen, Hindenburgs und Luden-

dorffs nicht auf der Liste der auszuliefernden Personen sind.

* Die Lederkommission der Nationalversammlung hat die Wiedereinfuhr von Häuten, Fellen und sonstigen Lederwaren beschlossen. Ferner wurde die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung dieser Artikel verlangt.

* Der deutsche Kriegsgefangene Bruckmann hat einen abgestürzten englischen Flieger unter Lebensgefahr aus seinem brennenden Flugzeug gerettet. „Daily Chronicle" schreibt in einem Leitartikel dazu, Bruckmann habe mehr als irgend einer seiner Landsleute zur Wiederherstellung menschlicher Bande zwischen England und Deutschland getan.

Deutsches Reich.

Berlin. (Große Demoralisation im Saargebiet.) Aus dem Saargebiet wird gemeldet, daß dort eine arge Demoralisation unter der Bevölkerung Platz zu greifen beginnt. Denunziationen gegen deutsche Beamte und Lehrer aus der Bevölkerung heraus nehmen zu. Selbst die französischen Besatzungsbehörden sprechen ihren Abscheu über diese Haltung großer Teile der Bevölkerung aus.

— (In Berlin wird weitergeschürt für die Weltrevolution.) Wie in Berlin in den Versammlungen am Montag bekannt gegeben wurde, soll während des Monats August eine neue Kundgebung der Unabhängigen und Kommunisten im Reiche für die Weltrevolution und die Völkerverbrüderung des Proletariats stattfinden.

— (Deutsch-Oesterreichs Schicksalsstunde.) Die ganze öffentliche politische Welt Oesterreichs steht unter dem Eindruck des Friedensvertrages von St. Germain. Staatskanzler Dr. Renner äußerte sich in St. Germain: Weil wir halten wollen, was wir versprochen haben, werden wir nicht unterschreiben, was wir nach unserem Vorwissen nicht halten können. Die vorgelegten Bedingungen entsprechen unseren Anforderungen leider immer noch nicht. Friedrich Adler äußerte sich in einer Versammlung: Das bedeute den Staatsbankerott Deutschösterreichs; dies Land sei damit zu einer Kolonie der Entente geworden.

— (Zur Besetzung des Rheinlandes.) Die „Presseinformation" meldet aus Paris: Foch wird am Mittwoch der Friedenskonferenz einen Entwurf zur Besetzung des Rheinlandes vorlegen. Er glaubt, mit 100 000 Mann auszukommen. Außer Frankreich, England und Amerika müßte jedoch auch Belgien an der Besetzung teilnehmen, um Deutschland zu zeigen, daß es 4 Mächte gegen sich hat, wenn es nicht gewillt ist, die Bedingungen des Friedensvertrags zu erfüllen. — Trotz allen guten Willens kann Deutschland die erzwungenen Bedingungen nicht erfüllen, und wenn noch soviel hunderttausende Feinde die Rheinlande besetzen.

— (Französische Truppen nach Schleswig.) In der beabsichtigten Entsendung französischer Truppen nach Schleswig schreibt das „Renzburger Tageblatt": Die Entente scheint wenig Zutrauen zu der Abstimmung zu haben, wenn sie jetzt gleich von vornherein einen Druck auf die Bevölkerung durch Militär ausüben will. Ob das den Dänen recht sein wird, daß von vornherein der Abstimmung das Zeichen der Gewalt anhaftet, ist eine andere Frage. Für einen versöhnlichen Ausgleich zwischen Deutschland und Dänemark, welcher für die Zukunft Dauer haben soll, ist das Vorgehen der Entente sicherlich kein Vorteil.

— (Beginn des amerikanischen Postverkehrs mit Deutschland.) Das Pressebureau Radio meldet aus Newyork vom 22. d. M.: Der Postverkehr mit Deutschland hat heute mit der Verschiffung von 400 Postsäcken mit 350 000 Briefen auf dem skandinavischen Dampfer „United States" begonnen. Die Post wird in Kopenhagen ausgeschifft und von dort nach Deutschland weitergesandt werden. Man erwartet, daß bis zur Wiederaufnahme des direkten Dienstes nach Deutschland die Brief- und Paketpost einmal wöchentlich expediert werden wird.

— (Der Notschrei deutscher Kriegsgefangener.) Nach den englischen Blättern vom 21. d. M. haben die deutschen Kriegsgefangenen in den Lagern von Wiltington, Cewen und Hall in der Nacht vom Sonnabend auf die Dächer der Baracken mit großen Buchstaben die Inschriften gemalt: „Laßt uns nach Hause gehen!" „Holt uns heimkehren!" „Geht uns Frieden!" — Nach der „Chicago Tribune" soll Foch sich weigern, weiter die Kriegsgefangenen nach der Heimat zurückzusenden, wenn die Stadt Berlin nicht die geforderte Million Geldbuße für die „Ermordung" Mannheims bezahle. Während der letzten 50 Stunden sind keine Kriegsgefangenen mehr freigelassen worden.

— (Deutschland als melkende Kuh.) In der gestrigen Sitzung der Friedenskommission der französischen Kammer setzte Abg. Dubois den Bericht über die finanziellen Klauseln des Friedensvertrags fort, ohne ihn zu beendigen. Aus den Ausführungen verdient hervorgehoben zu werden, daß nach seinen Erklärungen Frankreich für die Verpflegung eines Soldaten im besetzten deutschen Gebiet 6 Francs pro Tag, Amerika dagegen 12 Francs. Von der ersten Entschädigungszahlung von 20 Milliarden sollten zuerst die Lebensmittel für Deutschland bezahlt werden, denn Wilson habe erklärt, wenn eine Kuh Milch geben solle, müsse man ihr auch Futter vorlegen. Der Ausschuß sei der Ansicht, daß die Lage Frankreichs derartig sei, daß es sich nicht mit einer jährlichen Amortisationsquote von weniger als 1 Milliarde, und zwar für eine Periode von 50 Jahren, zufrieden geben könne, und daß diese Summe ihm auf irgend eine Art diskontiert werden müsse. Die Kommission scheint daher nach dieser Richtung gewisse Garantien seitens der Alliierten Frankreichs verlangen zu wollen. Sie ist der Ansicht, daß dem Völkerbund eine interalliierte Finanzabteilung anzugliedern sei, die nach dieser Richtung Frankreich zu unterstützen verpflichtet sein soll. Ueber all diese Fragen soll ein Fragebogen aufgestellt werden, welchen die Regierung zu beantworten hat.

— (Eine Billion Mark soll Deutschland zahlen.) Wie „Daily Mail" meldet, hat die englische Kommission zur Prüfung der Schadenersatzfrage sich auf eine Summe von 100 Milliarden Mark geeinigt. Mit den von Frankreich angekündigten 200 Milliarden und den belgischen 55 Milliarden würde dies eine Schadenersatzpflicht Deutschlands in Höhe von 355 Milliarden Mark ergeben. Das wäre nach unserm heutigen Valutastande gerechnet ungefähr 1 Billion Mark. — Es hat keinen Zweck, dieser unsinnigen und unmöglichen Forderung auch nur ein einziges Wort der Kritik hinzuzufügen. Je mehr die Führer des Vielverbandes den Bogen überspannen, um so grausamer wird die Enttäuschung für die Völker, wenn ihnen erst die Wirklichkeit das Mögliche zeigt.

— (Uebernahme der Justizverwaltung aufs Reich.) Kultusminister Naeuisch machte anläßlich der in Düsseldorf stattgefundenen Verhandlungen der preußischen Regierung über die rheinische Frage einem Mitarbeiter der Düsseldorfer Nachrichten eine Reihe von Mitteilungen, worin er erklärte, daß es durchaus im Bereich der Möglichkeit stehe, daß über kurz oder lang die ganze Justizverwaltung auf das Reich übergehe. Es seien Bestrebungen nach dieser Richtung im Gange. Der Einheitsstaat werde im Laufe der Jahre kommen und zwar nicht durch einen gesetzgeberischen Akt, sondern einfach dadurch, daß das Reich nach und nach eine große Einrichtung nach der andern übernimmt.

— (Die gefährdete Umsatzsteuer.) Die Umsatzsteuer beschäftigte gestern den Staatenausschuß. Wider Erwartung erhob die preußische Finanzverwaltung gegen das Gesetz Einspruch. Es kam dabei zu sehr lebhaften Debatten. Die Reichsregierung machte aus der Annahme der Umsatzsteuer eine Kabinettsfrage und erklärte, falls der Staatenausschuß die Annahme des Gesetzes verweigere, werde das Kabinett den Gesetzentwurf ohne Zustimmung des Staatenausschusses der Nationalversammlung vorlegen. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

— (Zündholzmonopol des Reiches.) Im Zwölferausschuß der Nationalversammlung haben sich Sozialdemokraten und Zentrum auf einen Antrag geeinigt, wonach die Herstellung und der Vertrieb von Zündhölzern mindestens bis 31. März 1920 in Staatsmonopol übergehen soll.

Das Programm der Reichsregierung.

Ein bedeutsamer Tag der Nationalversammlung.

Weimar, 23. Juli.

Die mit Rücksicht auf den Geschäftsplan der Nationalversammlung immer wieder hinausgeschobenen Regierungserklärungen konnten nun endlich heute vorstatten gehen. Die Reihen der Abgeordneten waren heute fast vollständig besetzt. Der außerordentlich starke Besuch der Tribünen und das vollzählige Erscheinen der Minister und Regierungsvertreter wiesen auf einen Tag von großer politischer Bedeutung hin. Gleich nach Beginn der Sitzung betrat Ministerpräsident Bauer das Rednerpult und trug seine programmatische Erklärung mit großer Sachlichkeit und Ruhe vor.

An diese Ausführungen schloß sich die Rede des Außenministers Müller an, die ebenfalls weit über eine Stunde dauerte und mit großer Aufmerksamkeit angehört wurde. Hier unterstrich das Haus mit einmütiger Zustimmung seine Bemerkungen über die Schwere der uns auferlegten Friedensbedingungen und zollte ihm anhaltenden Beifall, als er die Hoffnung aussprach, daß es bald zu einer Revision dieses Friedensvertrages kommen würde. In die Debatte über die Regierungserklärungen wird erst morgen eingetreten werden. Die Aussprache wird mancherlei Opposition gegen das Programm der beiden Redner zeitigen, aber an dem zu erwartenden Vertrauensvotum kann nicht gezweifelt werden.

Das Wort nimmt zunächst Reichsministerpräsident Bauer:

Mit der Ratifikation des Friedens ist eine Epoche abgeschlossen, die den gewaltigen Aufstieg Deutschlands und seinen tragischen Zusammenbruch umfaßte. Unser aller oberste Aufgabe muß jetzt sein, Hand anzulegen bei der Erfüllung, bei der Abwendung und schließlich bei der Revision des Vertrages von Versailles. Für das deutsche Volk gäbe es keine Entschuldigung und keine Ausflüchte, wenn es dieser Arbeit nicht gerecht würde. Ich verzichte darauf,

Das Haus des Sonderlings.

Kriminal-Roman von Erich Ebenstein.

7. **Nachdruck verboten**

Heidy hatte sein Erschrecken bemerkt.

„Was ist Ihnen? Warum starren Sie das Bild so betroffen an?" fragte sie beunruhigt. „Kennen Sie Berg etwa?"

Hempel antwortete nicht sofort.

Ein Instinkt warnte ihn, Heidy sofort die Wahrheit zu sagen, ehe er selbst den Zusammenhang übersah. Entweder war sie eine arme Betrogene, mit der es Torwesten niemals ernstgemeint hatte, oder es gab für ihn ernste Gründe zu dieser Doppelexistenz. Das mußte erst festgestellt werden, ehe man Heidy Siebert aufklärte. Darum sagte er für jetzt nur:

„Das Bild kam mir allerdings bekannt vor, doch kann ich mich im Augenblick nicht besinnen, ob und wo ich Herrn Brand schon gesehen habe. Jedenfalls aber will ich mich bemühen, sein Verschwinden aufzuklären."

Heidy atmete erleichtert auf. Dann sagte sie:

„Ich danke Ihnen! Und nun noch eins. Ich sagte vorhin, daß wir arm sind. Dies ist auch richtig. Aber ich besitze von meinem Vater ein kleines Erbe, das wir nie angriffen, weil wir es als unsern Notpfennig betrachteten. Es sind 8000 Kronen. Mama ist mit mir einverstanden, daß wir dieses Geld nun für die Nachforschungen verwenden. Sparen Sie also, bitte, ja nichts, was irgendwie zur Aufklärung dienen könnte. Daß man Georgs Leiche nicht fand, läßt mich ja immer noch hoffen ... vielleicht stieß ihm ein Unfall zu, und er liegt nun irgendwo krank darnieder? Glauben Sie nicht, daß dies möglich wäre?"

Silas Hempel blickte gerührt in das junge schöne Gesicht. „Hoffen wir es!" sagte er dann ernst —

Es war klar, daß nach Heidy Sieberts Angaben nun das Palace Hotel den Ausgangspunkt weiterer Nachforschungen zu bilden hatte. Hempel begab sich, nachdem er hastig sein Mittagessen eingenommen hatte, sofort dahin.

Man erinnerte sich dort des hellgrünen Automobils ganz gut, besonders da durch die Berichte der Morgenblätter die Sache aktuell geworden war. Auch in der vorgewiesenen Photographie erkannte der Portier unzweifelhaft den Herrn, welcher mit dem Automobil gekommen war. Er hatte nach der Traumtänzerin La bella Adison gefragt, war von dem Portier nach dem ersten Stockwerk gewiesen worden, wo die Künstlerin Nr. 7 und 8 bewohnte, und sofort empfangen worden. Eine volle Stunde lang blieb Torwesten bei der Tänzerin. Dann fuhren beide in seinem Automobil fort, wohin, wußte der Portier nicht.

Mlle. Adison war dann am Nachmittag in einem andern Auto allein zurückgekehrt und eine Stunde später nach Budapest abgereist, wo sie heute zum erstenmal aufzutreten hatte.

Dies war alles, was Hempel erfahren konnte. Er bestätigte erklärlich nur seinen schon instinktiv gehegten Verdacht, daß Torwesten Beziehungen zu der Traumtänzerin hatte. War er gekommen, sie wegzusetzen oder — zu lösen? Eigentlich war diese Frage nur im Hinblick auf Heidy Siebert von Bedeutung.

Aber Heidys innige, opferbereite Liebe hatte in Silas Hempel so viel menschliche Teilnahme geweckt, daß er doch den Versuch machen wollte, sie zu lösen. Er dachte dabei an das Stubenmädchen und die bekannte Neugier dieser Leute. Sollte sie, da die belle Adison momentan eine berühmte Person in Wien war, nicht ein wenig gehorcht haben? Um so mehr, als die frühe Stunde ihr für einen Herrenbesuch doch auffallen mußte.

Leider erwies sich das Stubenmädchen als ein wortkarger Rabe ihres Geschlechts. Sie war nicht mehr jung und kränklich und erklärte, nicht das geringste Interesse zu haben an dem, was außerhalb ihres Dienstes vor sich ging. Dabei blieb sie trotz Geld und guter Worte. Sie hatte den Herrn angemeldet und sich dann nicht weiter um ihn bekümmert.

Nicht einmal an den Namen erinnerte sie sich, weil sie die Karte, ohne sie anzusehen, hinzugetragen hatte.

Die Tänzerin war noch im Morgenneglisee gewesen und hatte eben ihre Schokolade getrunken.

Während dieser vergeblichen Bemühungen, Auskunft zu erhalten, war es Silas Hempel aufgefallen, daß ein Herr sich mehrmals am Korridor zu schaffen machte, und unvermerkt trachtete, etwas von der Unterhaltung aufzuschnappen.

(Fortsetzung folgt.)

Die demokratischen Errungenschaften der letzten acht Monate aufzuzählen. Kein anderes Volk kann sich solch reiner Demokratie rühmen. Wenn es wirklich noch da und dort fehlt, so ist es nicht ein Fehlen von Rechten des Volkes, sondern vielmehr ein Fehlen von Fähigkeiten, diese Rechte in vollem Umfange auszunützen. Wir müssen die Waffen der Bildung und der Kenntnisse an das ganze Volk verteilen, das ist die einzige Bewaffnung des Proletariats, die uns den Sieg für unser ganzes Volk verbürgt. Wir müssen wieder Respekt vor Sachkenntnis und Erfahrung bekommen, wir müssen jedem Befähigten die Erwerbung dieser Sachkenntnis und Erfahrung möglich machen. Die Herren Unabhängigen sind es, die die „Diktatur des Proletariats" als eine Notwendigkeit der nächsten Zeit anpreisen.

Aber mit der übergroßen Mehrheit des Volkes lehnen wir jede Diktatur ab. Eine Diktatur kann keine neuen Kräfte schaffen, ganz besonders nicht auf wirtschaftlichem Gebiet. Wenn Sie den Beweis dafür haben wollen, so sehen Sie doch nach Rußland. Die Unruhe in unserer Arbeiterschaft ist nicht auf Krakeelsucht und nicht auf Arbeitsscheu zurückzuführen. Auf der einen Seite Genußsucht und zügellose Verschwendung, Kapitalflucht und Verschiebung von Vermögenswerten. Auf der anderen Seite, trotz aller Erhöhungen immer noch Löhne, die kaum zum Bezug der rationierten Lebensmittel ausreichen. Was sich im neuen Deutschland am gründlichsten geändert hat, das sind die Machtverhältnisse im Wirtschaftsleben. Auf der einen Seite außerordentliche Entwertung des Kapitals, auf der anderen Seite außerordentliche Steigerung der Löhne. Der Anteil, den der eine und der andere aus der gemeinsamen Arbeit zieht, duldet keinen Alleinbesitz und kein alleiniges Bestimmungsrecht des Unternehmers mehr. Darum wird man die Reichsregierung ein Gesetz über Arbeiter-Räte und Wirtschafts-Räte vorlegen, das den Arbeiter aus seiner bisherigen Stellung heraushebt und ihn zum Mitbestimmer im Produktionsprozeß macht.

Das Reichsnotopfer und die Umsatzsteuer sind bereits dem Staatenausschuß zugegangen, der Entwurf einer Reichsabgabenordnung folgt dieser Tage. Die Sozialisierung von Elektrizität und Braunkohle, der bald der übrige Bergbau folgen soll, macht das Reich zum wichtigsten Faktor des Wirtschaftslebens! Damit ist in der Tat die Zeit der gewaltsamen Umwälzungen für jeden demokratisch Denkenden abgeschlossen. Wir werden daher entschlossen an den Abbau der Reste der Kriegswirtschaft gehen. Für unsere künftige Wirtschaftspolitik werden drei Gebote richtunggebend sein: 1. Sozialisierung, 2. Sicherstellung des Bedarfs der Minderbemittelten an Nahrung und Kleidung, 3. Fernhaltung überflüssiger Luxuseinfuhr, die unsere Zahlungsmittel verschlechtern müßte, und überhaupt jeder Einfuhr, die unseren Arbeitsmarkt ungünstig beeinflussen würde. In den Grenzen dieser drei Gebote aber Freiheit der Wirtschaft, Heranziehung jeder Initiative und jedes Kapitals, Dezentralisation der Mitarbeit an der Aufrichtung unseres wirtschaftlichen Lebens.

An der Spitze aller Bemühungen, die Volkslage zu bessern, muß natürlich **die Ernährungsfrage** stehen. Das Ende der Blockade muß mit aller Energie dazu ausgenutzt werden, um weitere Verbesserung zu erzielen. Auf eine Rationierung der wichtigsten Bestandteile der Volksernährung und der Volksversorgung werden wir einstweilen nicht verzichten können. Danach wird zuerst die Bewirtschaftung der Textilien umgestaltet werden. Das Kabinett hat beschlossen, die aus der Kriegswirtschaft noch vorhandenen fettigen Stoffe unverzüglich und binnen kürzester Frist der Bevölkerung zuzuführen. In gleicher Weise werden die noch vorhandenen nicht unerheblichen Vorräte an Wolle sofort der Weiterverarbeitung zugeführt.

Ein weiterer Schritt auf dem Wege, die aus den Kriegsverhältnissen hervorgegangenen Zentralisationen zu beseitigen, ist die Aufhebung der Devisenordnung. Ihre Bestimmungen haben sich immer mehr als unaufführbar und heute als nahezu wertlos erwiesen. Wenn sie jetzt fällt, so verschwindet gleichzeitig ein Stück Kriegs-Korruption, das sich in unseren Handelskreisen in bedenklichster Weise eingefressen hatte. Die zuletzt nur noch als Folgeerscheinung zur Devisenordnung aufrecht erhaltene Zensur des Brief- und Telegrammverkehrs kann endlich beseitigt werden. Notwendig natürlich und nicht zu entbehren ist bei all diesen Erleichterungen die von mir bereits erwähnte Kontrolle der Ein- und Ausfuhr. Der wirtschaftlich Schwache bedarf heute mehr denn je der staatlichen Unterstützung. Zahlreiche Grundstücke, die sich im Besitz des Reiches befinden sollen für die Zwecke der Ansiedlung weit unter dem heutigen Taxwert abgegeben werden. Die ständigen Lohnforderungen sind das schlechteste Mittel, um die Verhältnisse zu bessern. Neben den Löhnen klettern die Preise im gleichen Tempo und sinkt die Kaufkraft des im Uebermaß gedruckten Papiergeldes. Es muß eine Senkung der Preise eintreten, und die erhoffen wir von unserem Wirtschaftsprogramm.

Die vom Reichsarbeitsministerium bereits angekündigte Novelle zur Reichsversicherungsordnung, die eine Erhöhung der Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenrenten bringt, wird Ihnen in den nächsten Tagen zugehen. Die große Reform der Reichsversicherungsordnung soll in allernächster Zeit in Angriff genommen werden: Die Fürsorge für Kriegsgefangene, Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene wird den militärischen Behörden genommen und vollständig den Zivilbehörden übertragen. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge namentlich muß auf völlig neuen Grundlagen gestellt werden. (Lebhafter Beifall.) Die freie Bahn des Tüchtigen muß auch über die Schranken hinwegführen, die das höhere und das mittlere und das untere Beamtentum bis jetzt geschieden haben. Freilich, die Beamten verbietet das wesentlich anders geartete Arbeitsverhältnis.

All das aber bleiben Pläne und Entwürfe, wenn die Grundlage alles Gedeihens fehlt oder regellos unterbrochen und zeitweilig nicht geleistet wird: die Arbeit. Der Friedensvertrag legt uns die Pflicht zur Arbeit auf. Das müßten gerade die zur Richtschnur ihrer inneren Politik machen, die von Anfang an für die bedingungslose Annahme waren. Die Arbeit ist unser einziges Zahlungsmittel. Durch die Tarifvertrags-Regelung vom 23. Dezember 1918 hat die Arbeiterbewegung ein langumkämpftes Ziel endlich erreicht. Diese vorerst provisorisch getroffene Regelung soll in Bälde gesetzlich ausgestaltet werden. Wir sind uns alle einig, daß der Völkerbund ein Schwert ohne Klinge ist ohne das obligatorische Schiedsgerichtsverfahren, durch das Kriege tatsächlich vermieden werden. Entschieden bekämpfen und niederkämpfen müssen wir den Schrei nach Rache. Wir brauchen die Arbeit und verabscheuen die Revanche. Das ist für uns der hauptsächlichste Grund, aus dem wir jede Wiederkehr der Reaktion bis aufs äußerste bekämpfen. Es sind noch nicht die Herrschenden in den Ländern, mit denen wir jetzt Frieden geschlossen haben, es sind noch Minderheiten. Aber wir nehmen diesen Ruf von jenseits der Grenzen auf, wir sind einig im Glauben an die Unbesiegbarkeit der Demokratie, die nicht nur die Gleichheit, Brüderlichkeit, und Freiheit zwischen den Völkern, den Völkerbund erschaffen muß. (Langanhaltende Beifallskundgebungen. Händeklatschen. Zischen rechts, das durch erneuten Beifall links beantwortet wird.)

Rede des Reichsministers des Aeußern Müller.

Der Herr Ministerpräsident hat unsere künftigen Beziehungen zu den übrigen Völkern gestreift. Das war notwendig, denn unsere äußere und innere Politik muß einheitlich sein. Wir müssen versuchen, auf den freiheitlichen Bahnen vorwärts zu schreiten. Die Welt soll sich davon überzeugen, daß Streitigkeiten unter den Völkern nicht mehr mit Pulver und Blei ausgeführt werden dürfen. Die Abrüstung ist zunächst nur uns und unseren früheren Verbündeten diktiert. Zu einem Segen für die ganze Welt wird die Abrüstung erst dann werden, wenn sie allen Völkern gemeinsam auferlegt wird. Das Zeitalter der geheimen Diplomatie mit ihren Intrigenspielen soll abgeschlossen sein. Ein Völkerbund ohne das deutsche Volk und ohne das russische Volk ist kein Völkerbund.

Wir haben in den Vorverhandlungen in Versailles nachdrücklich auf das Unerträgliche und Unerfüllbare des Friedensvertrages hingewiesen. Wir haben uns unter dem Zwange der Verhältnisse verpflichten müssen, den Vertrag loyal zu erfüllen. Wir lassen keinen Zweifel darüber, daß es uns mit dem Willen zu dieser Erfüllung bis zur Grenze unserer Fähigkeiten ernst ist. Wir wollen aber auch keinen Zweifel darüber lassen, daß wir mit allen legalen Mitteln die Revision dieses Vertrages anstreben werden. Der Redner erinnerte an die Mahnungen des Generals Smuts zur Mäßigung und fuhr fort: Es war höchst Ungerechtigkeit, dem deutschen Volke die Möglichkeit kolonialer Betätigung zu rauben mit der unhaltbaren Begründung, daß das deutsche Verlagen auf dem Gebiete der kolonialen Zivilisation deutlich dargelegt worden sei, ebenso wie sich das Vergehen gegen die Auslandsdeutschen und ihr Eigentum in den ruhigeren Zeiten einer gereinigten Atmosphäre durch nichts rechtfertigen lassen wird. Die objektive Kriegsgeschichte wird in Würdigung dieser verurteilenswerten Vorkommnisse dereinst sagen.

Wir waren Sünder allzumal.

Ich appelliere an die deutschen Arbeiter, an die deutschen Techniker und Architekten, daß sie sich bereit halten, wenn der Ruf an sie ergeht, aus den trostlosen Ruinen der vom Kriege vernichteten Gegenden wieder blühendes Leben erstehen zu lassen. Die werktätige Liebe, mit der wir uns dieser Aufgabe der Wiedergutmachung unterziehen wollen, das soll unsere Revanche sein. Redner kommt dann auf die Ermordung des französischen Sergeanten Mannheim zu sprechen, dann fährt er fort: Aber das bestätigt, daß der Friedensvertrag ein Bruch d. Nov.-abkommens ist. Was soll es heißen, wenn Lloyd George von dem Deutschland, das in den Völkerbund aufgenommen werden will, die Einsicht verlangt, daß die deutsche Politik in den letzten 150 Jahren ein bitterer Fehler gewesen sei? In den letzten 150 Jahren hat die englische Politik meist an der Seite der preußischen gestanden, als an der irgendeines anderen Volkes. Dem eroberungslustigen Preußen kann kein Engländer einen Vorwurf machen, der die Veränderungen der Weltkarte beobachtet, die seit 150 Jahren zugunsten Englands vollzogen wurde. Sollten die letzten 150 Jahre für uns ein bitterer Irrtum gewesen sein, so hätten wir uns nicht allein zu läutern, und wir würden dazu verurteilt, für die bitteren Irrtümer der deutschen Politik mit der Zeche zu zahlen. Der Balkan war vor dem Krieg der europäische Wetterwinkel. Heute ist ein großer Teil des östlichen Europa balkanisiert.

Die Wiederaufrichtung Polens und seine Erstreckung auch auf Gebiete des bisherigen deutschen Reiches ist die wichtigste Veränderung im nahen Osten. Ohne die deutschen Siege hätte Polen jedenfalls nur Autonomie im Rahmen des russischen Reiches erhalten. Der Versailler Vertrag hat uns nach Osten nicht die Grenzen gebracht, die uns werden mußten, wenn der Wille der Bevölkerung für die Staatsangehörigkeit entscheidend gewesen wäre. Sie möge die Ueberzeugung behalten, daß sie auch jenseits der Grenzen nicht vergessen werden.

Die herzlichsten Beziehungen verbinden uns nach wie vor mit unseren österreichischen Brüderstämmen. In unseren Beziehungen zu Deutsch-Oesterreich erwarten wir eine baldige Korrektur.

Nicht vergessen wollen wir ferner auch unserer früheren Bundesgenossen, des bulgarischen und des türkischen Volkes, die in vergangenen schweren Jahren auf unserer Seite standen und jetzt mit uns leiden. Wir wurden gezwungen, im Voraus die harten Bestimmungen anzuerkennen, die unsere Gegner zweifellos über sie verhängen werden. Zuletzt, aber nicht zum geringsten, lassen Sie mich der neutralen Länder gedenken, die uns in den vergangenen vier Kriegsjahren in so vielen Beziehungen Mittler gewesen sind. Wir sind uns unserer besonderen Dankbarkeit bewußt gegenüber den Ländern, die auch in diesem Sommer erholungsbedürftige deutsche Kinder bei sich aufnahmen und pflegen, wie es die Schweiz, Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland und Finnland in edelmütiger Weise tun. Auf Grund des Friedensvertrages wird die Bevölkerung des nördlichen Schleswig durch Abstimmung über ihre fernere Staatsangehörigkeit zu entscheiden haben. Die Härte der uns auferlegten Friedensbedingungen ist, wie ich fürchte, dem größten Teil des deutschen Volkes in ihrer ganzen Bedeutung noch nicht klar geworden. Wir müssen hinaus aus dem geistigen Drahtverhau. Handel und Wirtschaft muß wieder in Fülle kommen. Es muß wieder versucht werden, die Fäden anzuknüpfen, die uns mit den Völkern der amerikanischen Republiken, mit Italien und anderen Ländern verbanden. Nur die besten Kräfte werden gerade gut genug sein, um dem zu genügen. Vor allem ist notwendig, daß unser inneres Wirtschaftsleben in Gang kommt durch ausreichende Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen, wobei uns die Inanspruchnahme des Privatkredits eine wesentliche Beihilfe sein wird. Sind wir erst einmal wieder in der Lage, mit unseren Erzeugnissen auf dem Weltmarkte zu erscheinen, dann wird sich auch der schlechte Kursstand unserer Mark wieder heben. Von allen wichtigen Aufgaben möchte ich nur noch den Wiederaufbau unserer Handelsflotte und die Sorge um den Schutz und das Wohlergehen derjenigen unserer Volksgenossen erwähnen, die durch die Verhältnisse zur Auswanderung gezwungen werden. Deutschland wird die Wiederherstellung seines Ranges unter den großen Völkern nur vom Fortschritt der demokratischen Idee bei uns und bei den anderen Völkern zu erwarten haben. (Lebhafter Beifall.)

Aus Nah und Fern.

Lichtenstein, 24. Juli 1919.

*— **Die Hundstage,** die ihre Bezeichnung von dem Aufgange des Hundssternes oder Sirius herleiten, haben begonnen. Sie dauern bis zum 23. August und gelten als heißeste Zeit des Jahres. Schöne, heitere Sommerwitterung nach der vielen Feuchtigkeit wäre im Interesse der Erntearbeiten und der in der Ferienzeit Erholungsuchenden dringend zu wünschen. Die vorletzte Nacht ist wieder vollständig verregnet, heute früh durften wir aber schon wieder die Sonne begrüßen.

*— **Der Kaufmännische Verein** hält, wie er heute bekannt gibt, am Sonnabend abend in der „Sonne" eine Mitgliederversammlung ab, auf deren Tagesordnung auch der Punkt „Aufnahme" steht. Es hat sich schon eine erfreuliche Anzahl neuer Mitglieder gemeldet, aber die Aufforderung zum Beitritt muß noch auf fruchtbareren Boden fallen. Wenn allenthalben in der gegenwärtigen Zeit des Wiederaufbaues der Ruf ertönt zum Zusammenschluß, so gilt das vor allem auch für die kaufmännischen Kreise, und die feste Organisation und Vertretung der Standesinteressen sowie die Fortbildung gewährleistet eben der Kaufmännische Verein. Darum nochmals an alle, die es angeht: Tretet dem Verein bei!

*— **Ausgabe von Rinderpökelfleisch.** In der nächsten Zeit gelangt eine größere Menge von Rinderpökelfleisch zur Verteilung an die Bevölkerung. Da das Pökelfleisch stark gesalzen ist, muß es vor der Zubereitung durch Wasser entsalzt werden. Große Stücke müssen 2—3 Tage in frisches, häufig

zu erneuerndes Wasser gelegt werden. Es ist daher zweckmäßig, das Fleisch in kleinere Stücke (Gulaschwürfel) zu zerschneiden, da dann zur Entsalzung nur etwa 6—8 Stunden Wässerung erforderlich ist. Das so behandelte Fleisch quillt gleichzeitig wieder auf und ist namentlich beim Kochen mit Gemüsen, die nicht gesalzen zu werden brauchen, von ausgezeichnetem Geschmack.

*— **Milliardenopfer des Reiches und freier Handel.** Die „Tageszeitung für Nahrungsmittel" schreibt: Man teilt uns aus Düsseldorf mit: Zwecks Senkung der Lebensmittelpreise will die Regierung 1½ Milliarden Mark opfern. Durch die Reichsstelle soll Reis an die Kommunalverbände zu 3,50 Mark per Kilogramm abgegeben werden, zuzüglich 0,50 Mk. für Spesen und Händlernutzen, also zu 4 Mk. per Kilogramm. Dank der Rührigkeit des freien Handels ist Reis in Köln für 2,10 Mk. per Pfund jetzt beim Kleinhändler käuflich, also ohne Reichszuschuß. Ein zutreffender Beweis für die Zwecklosigkeit der Zwangswirtschaft ist wohl kaum zu erbringen. Würde man dem freien Handel 1½ Milliarden Kredite eröffnen und die Einführungsverbote morgen in die Rumpelkammer werfen, wohin sie gehören, würden wir in vier Wochen um noch 100 Prozent billigere Preise haben, als der Erlaß des Reichsernährungsministers (Nr. 15) vorsieht.

*— **Der Turnkreis Freistaat Sachsen** umfaßt nach der diesjährigen amtlichen Erhebung 1255 Turnvereine in 1055 Vereinsorten mit 119 793 männlichen Vereinsangehörigen über 14 Jahre alt. Erwachsene zählt der Kreis 103 982, jugendliche Turner unter 17 Jahren 15 811. Jugendliche im Alter von 17 bis 20 Jahren 12 307. Die Turnerinnen-Abteilungen umfassen 9405 Mitglieder. Ueber die Zahl der seit dieser Zählung vom 1. Januar 1919 ausgetretenen Vereine kann erst nach der Zusammenstellung der Juliergebnisse berichtet werden.

*— **Saxonia-Verbandstag.** Der in diesen Tagen in Dresden abgehaltene 34. Verbandstag des Bäckerverbandes „Saxonia" wählte Glauchau als nächsten Tagungsort.

Glauchau. (Nach 11 Monaten vom Ferienaufenthalt aus Ungarn zurückgekehrt) ist der Sohn eines hiesigen Bürgers. Im vergangenen Jahr war der Schüler mit einem Ferienkindertransport nach Ungarn gekommen. Auf der Rückreise erkrankte er im Rückfall an der Ruhr und mußte in Nagy-Beskorek zurückgelassen werden. Während seiner Krankheit erfolgte der Rückzug der deutschen Truppen und in Ungarn brachen die Unruhen aus. Dadurch war der Knabe vollständig von der Heimat abgeschnitten und da auch keine Postverbindung bestand, wußten die Eltern nichts über seinen Verbleib und sein Ergehen. Dieser Vorfall beschäftigte die Oeffentlichkeit hier mehrmals und ist auch in beiden städtischen Körperschaften zur Sprache gekommen. Die maßgebenden Stellen setzten alle Hebel in Bewegung, um dem Knaben die Heimkehr zu ermöglichen. Jetzt ist er endlich durch Vermittlung des dänischen Roten Kreuzes über Belgrad, Wien und München nach hier gerade am Tage des Geburtstages seines Vaters zurückgekehrt.

Bad Elster. (Um das Badeleben kennen zu lernen), hatte sich in einem hiesigen Logierhaus ein Herr Leutnant Josef Müller eingemietet. Er lebte frisch drauf los; das Geld floß ihm nur so durch die Finger. Die Herrlichkeit nahm aber ein jähes Ende. Die Gendarmerie nahm sich seiner an, er hatte nämlich in München bei seinem Truppenteil 11 200 Mark unterschlagen, und bei näherer Beleuchtung wurde aus dem Leutnant Müller ein Feldwebel Karl Jünger, geboren in Selb in B. Er hat es verstanden, das Geldausgeben, denn nur noch ganze 1162 Mark hatte er bei sich. Nun sitzt er im Adorfer Gerichtsgefängnisse.

Dresden. (Tödlicher Sturz) Am Dienstag war der Schornsteinfegermeister Friedr. Dorbrandt auf dem Hause Nürnberger Straße 33 mit dem Reinigen der Dochtrinne beschäftigt, als er plötzlich infolge eines Fehltritts vier Stock hoch auf die Straße herunterstürzte. Der 1872 geborene, Schnorrstraße 6 wohnhafte Meister erlag sofort seinen schweren Verletzungen.

Leipzig. (Mit der Annahme von Arbeit beim Wiederaufbau des belgischen Gebietes) befaßte sich eine Versammlung der hiesigen Arbeitslosen. In dieser wurde eine Entschließung eingebracht, nach der man neben freier Wohnung und Verpflegung einen Tagelohn von 110 Mark fordern sollte. Diese hübsche Entlohnung von 33 000 Mark jährlich schien dem größeren Teil der Arbeitslosen zu hoch gegriffen vorzukommen, denn man ging schließlich bis auf 25 Mark täglich herunter.

Niederroßau bei Mittweida. (Ein dreister Diebstahl) ist in der vergangenen Nacht hier verübt worden. Aus einem Gehöft wurden zwei Schweine von je 1½ Zentner Lebendgewicht weggetrieben und auf freiem Felde, etwa 600 Meter vom Gute entfernt, abgeschlachtet. Den Aufbruch ließen die Diebe an Ort und Stelle liegen und haben die immer noch mindestens 2 Zentner schwere Beute vermutlich von der Mittweida—Hainichener Staatsstraße mit Geschirr weitergeführt. Der Fall mahnt wieder einmal mit aller Deutlichkeit zur Gründung von Ortswehren.

Stollberg. (Neuer Amtshauptmann.) Als Nachfolger des Amtshauptmannes Dr. Wolff wurde Regierungsrat Dr. Venus, bisher im Ministerium des Innern, bestimmt.

Vermischtes.

† **Das englische Gibraltar an der Ostsee.** Eine Zuschrift der Börsenzeitung weist darauf hin, daß die Freude, welche in deutschen radikalen Kreisen über den Abmarsch der reichsdeutschen Truppen aus dem Baltikum geäußert wird, durchaus nicht den deutschen Interessen entspricht, denn die Engländer erblicken nunmehr ihre wichtigste Aufgabe darin, allen deutschen Einfluß im Baltikum zu beseitigen, ebenso aber auch den Einfluß der Russen, da sie mit den Letten und Esten viel leichter politisch operieren können, als mit den stärkeren Volksteilen der Deutschen und Russen. Der Tag werde nicht fern sein, an welchem Lettland und Estland unter dem Anschein selbständiger Staaten ohne die geringste staatenbildende Kraft englische Kolonien sein werden.

† **Schinken, die uns nicht erreichten.** Wie aus Washington gemeldet wird, erhielt der Chef des amerikanischen Generalstabs der Prüfungskommission des amerikanischen Heeres, die Mitteilung, daß seit dem Schlusse des Waffenstillstandes 1,150 000 Zentner Lebensmittel, und zwar hauptsächlich Schweinefleisch und Schinken in Frankreich verdorben seien. Diese Lebensmittel hatten einen Gesamtwert von nahezu 800 Mill. Franken, nach dem jetzigen Kurswerte etwa 2 Milliarden Mark. Es war angeregt worden, diese Lebensmittel an Deutschland zu verkaufen, doch machte das Sekretariat Schwierigkeiten, sodaß die kostbaren Waren schließlich verdarben.

† **Wir haben es weit gebracht.** Bei einem aus China heimkehrenden Trupp deutscher Zivilgefangener wurde auf dem Bahnhof Halle a. S. festgestellt, daß, während auf ihrer viele tausend Kilometer langen Reise zu Lande und zu Wasser durch Feindesland die Gepäckstücke unversehrt geblieben waren, fünf Frauen und vier Männern sämtliche Reisekörbe und Koffer auf der Fahrt von Wesel nach Halle ausgeplündert wurden.

† **Ein neuer Ozeanluftschiffflug.** Kaum ist das englische Luftschiff „R 34" aus Amerika zurückgekehrt, wird ein zweiter Versuch unternommen, den Ozean im Luftschiff zu überqueren. Aus London wird gemeldet: Telegramme aus St. Johns besagen, daß das Luftschiff Raynham bei günstigem Wetter den Flug über den Atlantischen Ozean antreten wird.

Kaufmännischer Verein.
Sonnabend, den 26. dss. ½9 Uhr
Monats-Versammlung
im Hotel „Goldne Sonne."
Tagesordnung: Eingänge, Aufnahmen, Vorträge, Allgemeines.
Um allseitiges Erscheinen bittet **der Vorstand.**

„Goldner Helm"
— Lichtenstein. —
Heute Freitag nachmittag 5 Uhr
Damen-Kaffee.
Freundlichst laden hierzu ein **Hugo Golles** und **Frau.**

Gelegenheitsposten!
Starke wollene
Socken,
Paar 5.— Mark, empfiehlt
Karl Colditz, Lichtenstein.

Eine
Melkziege
(von zweien die Wahl) zu verkaufen.
Callnberg,
Bismarckstraße 200 ptr.

Violine
mit Kasten und Zubehör zu **verkaufen.** Zu erfahren in der Geschäftsstelle dss. Blattes.

Echten Kautabak
kein Ersatz, liefert stets frisch in großen Rollen
Probesendung und **Preisliste Mk. 5,—** gegen Nachn.
E. Bareiter, Bensheim
(Hessen.)

Contor-Lehrling
für sofort gesucht.
Selbstgeschriebene Offerten u. **D 44** sind in der Geschäftsst. dss. Bl. niederzulegen.

Besuchskarten
liefert in allen Ausführungen schnellstens
die **Tageblatt-Expedition.**

Lohn-spinnerei
wird angenommen. Offerten unter **M. 100** an die Geschäftsstelle des Werdauer Tageblattes, Werdau, erbeten.

Die Meggendorfer Blätter
sind das schönste farbige Witzblatt für die Familie
Vierteljährl. 13 Nrn. nur K 6.40, bei direkt. Zusendg. wöchentl. vom Verlag K 7.20. — Einzelne Nummer 64 h.
Das Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Am besten unterrichtet über den Inhalt ein Probeband, der 5 Nummern enthält und bei jeder Buchhandlung nur K 2.— kostet. Gegen weitere 30 h für Porto auch direkt vom Verlag, München, Perusastrasse 5 zu beziehen.

Bezugs- und Absatzgenossenschaft
Lichtenstein-Callnberg.
Heute Freitag abend 8 Uhr **Versammlung** in der „Sonne." 7 Uhr **Vorstandssitzung.** Besprechungen über Abgabe von Bekleidungsgegenständen aus Heeresbeständen und Dividendenverteilung. Getreideabsatz durch die Genossenschaft. Um recht zahlreiches Erscheinen bittet der
stellv. Vorsitzende.

Laufdecken
Luftschläuche
Stahlfederbereifung
prima Gummilösung
prima Ventilgummi
Maschinennadeln
Maschinenöl
Ersatzteile
empfiehlt
M. Schenderlein.

Größerer Posten
Zigarren
prima Qualität, eingetroffen bei
Max Sachse,
Callnberg.

Druck und Verlag von Otto Loch und Wilhelm Vester. Für den gesamten Inhalt verantwortlich Wilhelm Vester in Lichtenstein.